

Pressemitteilung 01/2020

München, 16.01.2020

Geplante Behördenverlagerung: auch kleinere Städte und Gemeinden davon profitieren lassen!

Brandl: Nutznießer sollten nicht nur kreisfreie Städte sein

Die geplante Behördenverlagerung des Freistaats wird vom Bayerischen Gemeindetag grundsätzlich begrüßt. Gemeindetagspräsident Dr. Uwe Brandl: „Es ist gut und richtig, wenn der „Wasserkopf“ München ein wenig entlastet wird, indem staatliche Ämter und Behörden in ländliche Räume Bayerns verlagert werden. Allerdings schaut es derzeit so aus, als ob überwiegend kreisfreie Städte davon profitieren werden, nicht aber die kleinen und mittelgroßen Kommunen. Sind die Großstädte Schweinfurt und Augsburg wirklich so strukturschwach, dass man sie mit neuen Behörden beglücken muss? Ein deutlicheres Zeichen für die Stärkung des ländlichen Raums wäre es, kleine und mittelgroße Städte und Gemeinden mit neuen Verwaltungsdienststellen des Staates auszustatten.“

Welche Auswirkungen ein neuer Regierungsbezirk München für das bislang fein austarierte System des kommunalen Finanzausgleichs haben wird, sei eine spannende Frage, so Brandl. Wird es hier beispielsweise zu Verschiebungen im Bereich der Sozialhilfeausgaben kommen? Und: wenn die dann „geschrumpfte“ Regierung von Oberbayern künftig auch in den Räumen Rosenheim und Ingolstadt Stellen haben werde: Welche Verkehrsbewegungen mit möglicherweise schlechteren Umweltbilanzen wird dies hervorrufen?

Brandl abschließend: „Licht und Schatten bei der geplanten Behördenverlagerung. Die kreisangehörigen Städte, Märkte und Gemeinden erwarten, dass die Bayerische Staatsregierung auch sie im Blick hat und sie im Hinblick auf den Verfassungsauftrag gleichwertiger Lebens- und Arbeitsbedingungen im ganzen Land in größerem Umfang als bislang geplant zum Zug kommen lässt.“

Für Rückfragen steht Ihnen gerne zur Verfügung:

Wilfried Schober, Pressesprecher des Bayerischen Gemeindetags,
Tel 089 360009 - 30, E-Mail: wilfried.schober@bay-gemeindetag.de
Homepage: www.bay-gemeindetag.de